

E010400

03. Jan. 2024

LANDESHAUPTSTADT



EG: 20.12.2023

über  
Herrn Oberbürgermeister  
Gert-Uwe Mende

*BM* *fu*

Der Magistrat

Bürgermeisterin

Christiane Hinnerger

über  
Magistrat

und  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
Dr. Gerhard Obermayr

an die Rathausfraktion

13. Dezember 2023

Anfrage der Volt- Fraktion vom 26.09.2023, Nr. 152/2023 nach § 45 der  
Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung  
23-V-36-0024 PFAS kritisch bewerten - Fakten und Maßnahmen für sauberes  
Trinkwasser und Gesundheit

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1) PFAS-Kontamination in Wiesbaden und Umgebung:

- a. Gibt es Tests auf PFAS-Kontamination in Grundwasser und Böden in Wiesbaden und Umgebung? Falls ja, bitte Informationen über den aktuellen Status bereitstellen.
- b. Welche Überwachungs- und Testmethoden werden zur regelmäßigen Bewertung von PFAS-Kontamination in Grundwasser und Böden angewendet?

2) Abwasserüberwachung:

Werden regelmäßige Messungen/Testungen auf PFAS im Abwasser (am Einlauf der Kläranlage) durchgeführt? Falls ja, können die aktuellen Messwerte zur Verfügung gestellt werden?

3) Trinkwasserqualität:

- a. Werden regelmäßige Messungen/Testungen auf PFAS im Trinkwasser durchgeführt? Falls ja, können die aktuellen Messwerte zur Verfügung gestellt werden?
- b. Wie wird die Stadt sicherstellen, dass die neuen Grenzwerte für PFAS gemäß der Trinkwasserverordnung von 2023 eingehalten werden?

4) Aktivkohleanlagen in Kläranlagen:

Dezernat für  
Umwelt, Wirtschaft,  
Gleichstellung und  
Organisation

Gustav-Stresemann-Ring 15, Gebäude B  
65189 Wiesbaden  
Telefon: 0611 31-2555  
Telefax: 0611 31-3956  
E-Mail: buergermeisterin@wiesbaden.de

[www.wiesbaden.de](http://www.wiesbaden.de)

- a. Welche Kläranlagen in Wiesbaden sind derzeit mit Aktivkohleanlagen ausgestattet?
  - b. Welche Kläranlagen sollen in Zukunft mit Aktivkohleanlagen ausgestattet werden?
  - c. Falls Messwerte vorliegen, wie haben sich die PFAS-Belastungen vor und nach der Installation von Aktivkohleanlagen verändert?
- 5) **Industrielle Emissionen von PFAS:**
- a. Welche Unternehmen/Industrien in Wiesbaden und Umgebung setzen PFAS ein oder setzen sie frei?
  - b. Werden Messungen in der Abluft und im Abwasser dieser Unternehmen/Industrien durchgeführt?
- 6) **Maßnahmen zur Reduzierung der PFAS-Belastung:**
- a. Welche Maßnahmen plant die Landeshauptstadt Wiesbaden, um die PFAS-Belastung zu reduzieren oder zu beseitigen?
  - b. In welchem Maße werden die betroffenen Industrien und Gewerbebetriebe an diesen Maßnahmen beteiligt?
- 7) **Koordinierter Ansatz und Aufklärung:**
- a. Plant die Stadt in Zusammenarbeit mit benachbarten Städten und Gemeinden einen koordinierten Ansatz zur Bekämpfung der PFAS-Kontamination zu entwickeln?
  - b. Welche Schritte sind geplant, um sowohl die Emittenten als auch die Bevölkerung über die Gefahren von PFAS aufzuklären?

---

**Die Anfrage beantworte ich wie folgt:**

Das Thema PFAS wird im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeiten innerhalb der Landeshauptstadt Wiesbaden in verschiedenen Fachämtern wie Gesundheitsamt und Umweltamt sowie den Eigenbetrieben ELW und WLW und auch außerhalb durch das Regierungspräsidium Darmstadt als Obere Wasser- und Bodenschutzbehörde und Obere Immissionsschutzbehörde behandelt.

Die jeweiligen Fachbeiträge der zuständigen Stellen sind in die Beantwortung dieser Anfrage eingeflossen.

**zu 1) PFAS-Kontamination in Wiesbaden und Umgebung:**

a. Auf dem Areal des Flughafens Erbenheim Clay-Kaserne sind seit 2011 Verunreinigungen mit PFAS bekannt. Die Feuerwehr der U.S. Army führte früher nördlich der Startbahn der Clay-Kaserne Feuerlöschübungen mit PFAS-haltigen Feuerlöschschäumen durch. Diese sind die Ursache der bekannten Verunreinigungen. Seither erfolgen grundsätzlich auch Untersuchungen auf PFAS im Rahmen von Baumaßnahmen auf dem Kasernengelände. Die U.S.-Army errichtete ab 2014 mehrere Beobachtungsbrunnen auf der Liegenschaft, führt

regelmäßig Kontrollbeprobungen durch und verdichtet Jahr für Jahr das Netz an Beobachtungsbrunnen. Seitens des Regierungspräsidiums Darmstadt (RP Da) ist ein dauerhaftes Umfeldmonitoring im Außenbereich südwestlich des Air Base-Geländes eingerichtet. Untersuchungen im Umfeld der Kaserne erfolgten darüber hinaus im Auftrag des Umweltamtes der Landeshauptstadt Wiesbaden (LH Wi) und des RPDA. An mehreren Stellen erfolgte die Sanierung durch Aushub und Sicherung durch Versiegelung mit Bauwerken.

b. Die Analytik der PFAS erfolgt auf der Clay-Kaserne in Wässern nach DIN 38407-42 (F42): 2011-03 „Bestimmung ausgewählter polyfluorierter Verbindungen (PFAS) in Wasser.-Verfahren mittels HPLC-MS/MS“. Untersuchungen nach dieser Methode erfolgen auf der Clay-Kaserne im Grundwasser, im Regenwasserkanal und in Bodeneluat. Im Gewässersediment, Klärschlamm, Kompost und Boden erfolgt die Bestimmung der PFAS nach DIN 38414-14 (S14):2011-8 „Bestimmung ausgewählter polyfluorierter Verbindungen (PFAS) in Schlamm, Kompost und Boden - Verfahren mittels HPLC-MS/MS“. Untersuchungen nach dieser Methode erfolgen auf der Clay-Kaserne in Böden, bspw. bei Bauvorhaben.

## 2) Abwasserüberwachung

Nein, es werden derzeit noch keine entsprechenden Analysen durchgeführt.

## 3) Trinkwasserqualität

a. Wiesbadener Trinkwasser wird von den Wasserversorgungsunternehmen WLW/Hessenwasser GmbH & CO.KG und Mainzer Netze GmbH seit 2021 auf 26 Einzelsubstanzen der PFAS-Stoffgruppe untersucht. Ab 2022 werden mit diesem Untersuchungsumfang alle Trinkwasser mit Bezug aus dem Hess. Ried, dem Wasserwerk Schierstein, dem Wasserwerk Petersau, dem Wasserwerk Hof Schönau aus den Taunusstollen sowie aus dem Wasserbeschaffungsverbandes Niederhausen-Naurod erfasst.

Dies ermöglicht eine aktuelle flächendeckende trinkwasserhygienische Beurteilung nach den zukünftig geltenden Grenzwerten der Trinkwasserverordnung für den Parameter PFAS-20 (ab 12.01.2026) und den Parameter PFAS-4 (ab 12.01.2028).

Der Parameter PFAS-20 umfasst eine große Gruppe von ubiquitär vorkommenden Chemikalien mit einem sehr breiten Anwendungsspektrum. Auf Grund ihrer Persistenz verbleiben sie sehr lange Zeit in der Umwelt und somit auch im Rohwasser. Ihre toxischen Eigenschaften machen eine Überwachung im Trinkwasser erforderlich. Dabei folgt die Trinkwasserverordnung der EU-Trinkwasserrichtlinie und setzt für die insgesamt 20 in der Richtlinie unter dem Parameter „Summe der PFAS“ zusammengefassten Perfluorcarbon- und Perfluorsulfonsäuren mit einer Kettenlänge von 4 bis 13 Kohlenstoffatomen einen Summen-Grenzwert von 0,10 µg/l fest.

Mit der Aufnahme des Parameters PFAS-4 in die neue Trinkwasserverordnung vom 23.06.23 hat der Verordnungsgeber zum Schutz der menschlichen Gesundheit eine zusätzliche Anforderung formuliert. Diese vier PFAS (Perfluorooctansäure, Perfluorooctansulfonsäure, Perfluorononansäure, Perfluorhexansulfonsäure) machen ca. 50 % der PFAS in der menschlichen Nahrungsaufnahme bzw. ca. 90 % der internen Körperbelastung aus und wurden auf Grund besonderer toxikologischer Besorgnis durch die Europäische Lebensmittelagentur auf Basis epidemiologischer Daten 2020 gesondert bewertet. Um eine Risikominimierung mit vertretbarem Aufwand durchzuführen, gilt ein Grenzwert für Summe PFAS-4 in Höhe von 0,020 µg/l ab dem 12.01.2028.

Nach den vorliegenden Untersuchungsbefunden aus 2021 - 2023 für 26 PFAS-Substanzen werden in allen v.g. Wiesbadener Trinkwässern die Grenzwerte der Trinkwasserverordnung für die Parameter PFAS-20 und PFAS-4 sicher eingehalten (siehe beigefügte Anlage).

b. Mit Aufnahme der PFAS-Parameter in den Untersuchungsumfang der Trinkwasserverordnung vom 23.06.2023 ist die regelmäßige, mindestens jährliche Überwachung der Wiesbadener Trinkwässer gesetzlich geregelt.

Auf Grundlage der langjährigen Messungen der für die Trinkwasserversorgung Wiesbadens relevanten Gewinnungsanlagen werden auch zukünftig die Grenzwerte der Trinkwasserverordnung für die Gruppe der PFAS zuverlässig eingehalten.

#### 4) Aktivkohleanlagen in Kläranlagen

a. Derzeit sind beide Wiesbadener Kläranlagen noch nicht mit einer Aktivkohleanlage für eine weitergehende Abwasserbehandlung ausgestattet.

b. Es wird erwartet, dass bis zum Ende dieses Jahrzehnts eine zusätzliche Abwasserbehandlung (4. Reinigungsstufe) mit dem Ziel einer Spurenstoffelimination auch für die Wiesbadener Klärwerke von Seiten des Gesetzgebers gefordert wird.

c. Es liegen bislang keine Messwerte vor.

#### 5) Industrielle Emissionen von PFAS:

Allgemein: Erkenntnisse über den Einsatz von PFAS in Anlagen im Sinne des Immissionsschutzrechts liegen nur für den Bereich der genehmigungsbedürftigen Anlagen verlässlich vor. Bei nicht genehmigungsbedürftigen Anlagen liegen Informationen nur mehr oder minder zufällig im Einzelfall vor.

a. Betrachtet man primär die Branchen, bei denen polyfluorierte Alkylsubstanzen „potentiell“ bei der Herstellung ihrer Produkte eingesetzt werden (Textil/Leder; Papier; Druckereien; Metall/Galvaniken; Chemie), dann sind hier für Wiesbaden und nähere Umgebung keine Unternehmen bekannt, die PFAS über das Abwasser freisetzen.

Zur feuerwehrtechnischen Ausstattung von Feuerwehrfahrzeugen der Werksfeuerwehr des Industrieparks Infra Serv sowie des Flughafen Erbenheims - Clay Kaserne gehören fluorhaltige Schaumlöschmittel. Auch die Berufsfeuerwehr Wiesbaden verfügt für besondere Einsatzfälle über fluorhaltige Schaummittel.

b. Staatliche Messungen im Abwasser v.g. Industriezweige werden in Ermangelung wassergesetzlicher Vorgaben in Form von Grenz- bzw. Überwachungswerten sowie validen, abwasserseitigen Analyse- bzw. Messverfahren in Wiesbadener Unternehmen nicht durchgeführt.

Für die Papierherstellung bei der Fa. Essity in Mz.-Kostheim gibt es seit 2018 die abwasserseitige Vorgabe im Anhang 28 der Abwasserverordnung, auf den Einsatz chemischer Additive, die per- oder polyfluorierte Chemikalien enthalten oder zu deren Bildung beitragen und ins Abwasser gelangen können, zu verzichten. Nach Kenntnisstand der zuständigen Aufsichtsbehörde beim RP Da setzt die Firma solche Stoffe schon längere Zeit nicht mehr ein, diesbezügliche Abwasserkontrollen finden dort nicht statt.

#### 6) Maßnahmen zur Reduzierung der PFAS-Belastung:

a. Nachgewiesene, durch Gewerbe und Industrie verursachte Untergrundbelastungen mit PFAS-Belastungen werden im Rahmen des Wasser- und Bodenschutzrechts vom RP Da als

Obere Wasser- und Bodenschutzbehörde überwacht und im Bedarfsfall werden den Verursachern vertiefende Untersuchungen und Sanierungsmaßnahmen auferlegt (siehe Antwort zu 1).

Treten erhöhte PFAS-Belastungen im Bereich der Trinkwasserversorgung auf, werden die Wasserversorgungsunternehmen hier umgehend Ursachenforschung betreiben und entsprechende Untersuchungs- und Sanierungsmaßnahmen durchführen.

Mit der Integration einer bis Ende des Jahrzehnts kommenden 4. Reinigungsstufe in die städtische Abwasserbehandlung wird es zu einer deutlichen Reduktion von Schadstoffen im Abwasser kommen.

Darüber hinaus sind aktuell keine weiteren Maßnahmenplanungen vorgesehen.

b. Aufgrund der in 5)a. beschriebenen Vorgehensweise erfolgt derzeit keine darüber hinausgehende Beteiligung Wiesbadener Unternehmen.

#### 7)Koordinierter Ansatz und Aufklärung

a. Eine koordinierte, stadtgebietsübergreifende Zusammenarbeit mit weiteren Städten und Gemeinden ist nicht vorgesehen. Vielmehr sind die auf lokaler Ebene derzeit etablierten und gesetzlich auch vorgeschriebenen Maßnahmen der Vorsorge durch umfassende Analytik im Trinkwasserbereich und der Untersuchung und Sanierung von PFAS-Belastungen in Boden und Grundwasser wirksame Instrumente zum Schutz der Wiesbadener Bevölkerung. Das HLNUG führt u.a. gemeindeübergreifend hessenweit bereits seit dem Jahr 2014 ein PFAS-Untersuchungsprogramm in ausgewählten Fließgewässern durch.

b. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit seitens des Bundes und der Länder liegt ein breites Angebot einschlägiger Umweltfachinformationen zu PFAS vor ([www.uba.de](http://www.uba.de), [www.hlnug.de](http://www.hlnug.de)). Das Umweltamt informiert zusätzlich auf [www.wiesbaden.de](http://www.wiesbaden.de) allgemein über PFAS in der Umwelt und über bekannte PFAS-Verunreinigungen im Stadtgebiet.

Mit freundlichen Grüßen



Christiane Hinninger  
Bürgermeisterin

Anlage

